

N i e d e r s c h r i f t

SA/007/2011

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 06.04.2011**

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

Ratsmitglied /
Vorsitzende

Mitglieder:

Frau Verena Griggel	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Rosetti	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Annemarie Rottmann	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Joachim Siegler	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Vertretung für Frau Waltraud Wunder
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Stephan Krause	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Heike Barnes		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Pfarrer Stephan Buse		Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Herr Manfred Kraft		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Frau Lydia Maul		Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

Gäste:

Frau Elisabeth Reckmann-Bigge	Sprecherin Stadtschulleiterkonferenz
-------------------------------	--------------------------------------

Verwaltung:

Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Otto Reeker	Produktverantwortlicher
Frau Sabine Völkel	Schriftführerin

Frau Nagelschmidt eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Nagelschmidt auf die zugestellte Nachtragsvorlage Nr. 150/11 und schlägt vor, die Vorlage als TOP 6 zu behandeln.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Ausschuss dem Vorschlag von Frau Nagelschmidt zu.

Frau Overesch beantragt für die CDU-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP „Bereitstellung von Mitteln für die Ertüchtigung der Fürstenberg-Realschule im derzeitigen Bestand“.

Frau Nagelschmidt schlägt vor, die Beratung unter TOP 7 durchzuführen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 15.03.2011

Es werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.03.2011 gefassten Beschlüsse

Herr Linke gibt folgenden Bericht:

„Zu TOP 4 - Stopp für Erweiterung der Fürstenberg-Realschule

Einstellung von Haushaltsmitteln für die sofortige Sanierung

Der Schulausschuss hat am 15.03.11 seinen Beschluss vom 22.04.09 zum Raumprogramm für die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule aufgehoben. Der Rat wird die nicht benötigten Mittel für die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule im Haushalt 2011 und Haushalt 2012 streichen.

Die Verwaltung wurde vom Schulausschuss in der Sitzung am 15.03.11 beauftragt, auf der Basis der Anmeldezahlen 2011 und unter Beachtung der Empfehlungen des Schulentwicklungsplans die sächlichen, räumlichen und konzeptionellen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb in der Fürstenberg-Realschule zu schaffen.

Die Schulverwaltung und die städtische Gebäudewirtschaft haben nach dem Stopp für die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule bei einem Ortstermin am 31.03.11 zusammen mit der Schulausschussvorsitzenden und der Schulleiterin geprüft, welche Maßnahmen für den Ganztagsbetrieb im vorhandenen Raumbestand sofort notwendig sind.

Die städtische Gebäudewirtschaft wird im April eine detaillierte Kostenschätzung erstellen.

Einrichtung von zwei Klassen

Der Schulausschuss hat die Bezirksregierung in der Sitzung am 15.03.11 im Zusammenhang mit der niedrigen Anmeldezahl von 38 Schülern für die Fürstenberg-Realschule (inzwischen 40 Anmeldungen) aufgefordert, trotz der niedrigen Zahl die Einrichtung von zwei Eingangsklassen zu genehmigen.

Die Verwaltung (Herr Linke, Herr Dr. Winter, Herr Reeker) hat am 21.03.11 in Münster ein Gespräch mit der Bezirksregierung in dieser Angelegenheit geführt, weil man zuvor die mündliche Auskunft erhalten hatte, dass die Fürstenberg-Realschule bei 38 Anmeldungen nur eine Klasse bilden könne. Dies hätte zur Folge gehabt, dass die Fürstenberg-Realschule sechs Schüler hätte ablehnen müssen.

Die Stadt Rheine hat beim Gespräch bei der Bezirksregierung darauf hingewiesen, dass die an der Fürstenberg-Realschule dann abzulehnenden Realschüler nicht an der Elsa-Brändström-Realschule beschult werden können, weil die Elsa-Brändström-Realschule bei 122 Anmeldungen und 4 Klassen bereits die Bandbreite von 27 – 29 Schülern pro Klasse überschreitet. Sie kann bei einer Klassenbildung mit 30 bzw. 31 Schülern die bei der Fürstenberg-Realschule abzulehnenden Schüler nicht aufnehmen. Hinzu kommt, dass die Elsa-Brändström-Realschule bei einer Erhöhung der Schülerzahl auf 30 bzw. 31 in den Klassen 5 im folgenden Jahr in der Klasse 6 keine „Rückkehrer“ mehr in diesen Klassen aufnehmen kann bzw. gezwungen ist, eine zusätzliche Klasse einrichten zu müssen.

Die Bezirksregierung hat im Gespräch mit der Stadt Rheine angesichts der zum Schuljahr 2011/12 eingetretenen Gesamtsituation der beiden Realschulen in Rheine der Einrichtung von zwei Klassen an der Fürstenberg-Realschule zugestimmt.

Hätte die Elsa-Brändström-Realschule noch Schüler der Fürstenberg-Realschule aufnehmen können, wäre an der Fürstenberg-Realschule nur eine Klasse genehmigt worden.

Daraus folgt für das nächste Anmeldeverfahren im Februar / März 2012 zum Schuljahr 2012/13, dass mindestens 52 Schüler an der Fürstenberg-Realschule angemeldet werden müssen, damit sicher zwei Klassen eingerichtet werden können. Bei einer zweizügigen Realschule müssen mindestens 26 Schüler pro Klasse angemeldet werden.“

3. Informationen

3.1. Mensa der Fürstenberg-Realschule im Bürgerhof Schotthock

Herr Linke verliest folgende Information:

„Die Stadt Rheine mietet ab dem 1. Mai 2011 den Saal des Bürgerhofs Schotthock zum Zwecke einer Mensanutzung für die Fürstenberg-Realschule an. Die tägliche Miet- und Nutzungsdauer erstreckt sich montags – donnerstags auf die Zeit von 12.30 – 14.00 Uhr.

Der Vertrag soll für den Zeitraum vom 01.05.2011 – 31.07.2013 geschlossen werden und sich jeweils um ein Jahr verlängern, sofern nicht 6 Monate vor Ablauf des Schuljahres von der Stadt Rheine oder vom Betreiberverein Bürgerhof Schotthock e. V. schriftlich gekündigt wird.

Durch die Anmietung des Saales des Bürgerhofs Schotthock in der Mittagszeit für die Fürstenberg-Realschule entspannt sich die Verpflegungssituation in der kleinen Mensa der Bodelschwingschule, wo Grundschüler der Bodelschwingschule und Ganztagschüler der Fürstenberg-Realschule mittags nacheinander beköstigt werden.

Bisher konnten nur Ganztagschüler der Fürstenberg-Realschule, also die Klassen 5 und 6, die Mensa nutzen. Mit der Aufnahme des Mensabetriebs im Bürgerhof Schotthock können auch die Halbtagschüler der Fürstenberg-Realschule, welche nachmittags zum Teil noch Unterricht haben, mittags in der Mensa beköstigt werden.“

3.2. Keine Verbundschule in Mesum

Herr Linke verliest folgende Information:

„Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung am 10.09.2008 im Zusammenhang mit der Beratung des Punktes ´Perspektiven der Gesamtschulentwicklung in der Stadt Rheine` die Verwaltung beauftragt, mit den Schulaufsichtsbehörden die ergänzende Expertise zur Schulentwicklungsplanung zu besprechen und zu klären, unter welchen schulrechtlichen Aspekten Handlungsmöglichkeiten bestehen, um den Anmeldeüberhang an der Euregio Gesamtschule zu verringern. Insbesondere sollten unter dem Gesichtspunkt der generell zurückgehenden Schülerzahlen auch Verbundlösungen von Haupt- und Realschulen erörtert werden.

Konkret ging es um einen Verbund am Standort der Don-Bosco-Hauptschule. Eine Verbundlösung wird von der Verwaltung seit 2010 nicht weiter verfolgt, weil § 83 Abs. 1 Schulgesetz es nicht zulässt, die Don-Bosco-Hauptschule in Mesum um einen Realschulzweig der Elsa-Brändström-Realschule zu erweitern. Ein Realschulzweig der Elsa-Brändström-Realschule wurde in Erwägung gezogen, weil etwa 20 – 30 Schüler pro Jahrgang aus dem Südraum (Mesum, Hauenhorst, Elte) diese Realschule besuchen.

Der erwähnte § 83 Abs. 1 Schulgesetz hat folgenden Wortlaut:
Ausnahme: kann der Schulträger zu diesem Zweck (Anmerkung der Verwaltung: zur Sicherstellung eines wohnortnahen und differenzierten Bildungsangebotes) auch eine bestehende Hauptschule oder eine bestehende Realschule um

einen Zweig der jeweils anderen Schulform erweitern, wenn es in seinem Gebiet eine Schulform dieser Schule nicht gibt und der Bestand der Schule eines anderen Schulträgers dadurch nicht gefährdet wird.

Die Bezirksregierung Münster hat die Stadt Rheine in Gesprächen 2008 und 2009 darauf hingewiesen, dass mit dem Begriff ´Gebiet` das gesamte Gebiet des Schulträgers gemeint ist und nicht etwa nur ein Ortsteil. Da Mesum zu Rheine gehört und es in Rheine mit der Elsa-Brändström-Realschule und der Fürstenberg-Realschule zwei Realschulen gibt, ist nach Auskunft der Bezirksregierung vom 02.12.2008 eine Erweiterung der Don-Bosco-Hauptschule um einen Realschulzweig rechtlich nicht möglich. Das Land hat 2009 in Gesprächen die Rechtsauffassung der Bezirksregierung bestätigt.

Da der § 83 Abs. 1 nicht geändert wurde, besteht auch nach Vorliegen eines künftigen neuen Schulentwicklungsplans keine Grundlage für eine evtl. Verbundlösung von Hauptschule und Realschulzweig am Standort Don-Bosco-Schule.

Durch die Auflösung der Elisabeth-Hauptschule zum 01.08.2013 und die damit verbundene Aufnahme zusätzlicher Hauptschüler werden zudem an der Don-Bosco-Hauptschule im Schuljahr 2013/14 keine freien Unterrichtsräume für einen Realschulzweig zur Verfügung stehen.“

3.3. Gebäude Konradschule

Herr Linke verliest folgende Information:

„Am 21.04.10 haben die schulpolitischen Sprecher der im Rat vertretenen Parteien, der Leiter der städtischen Gebäudewirtschaft, die Schulleiterin der Südeschule, die Schuldezernentin, der Leiter des Fachbereiches 1 und der Leiter der Schulverwaltung über die Beibehaltung des Nebenstandortes Konradschule beraten.

Auslöser dieser Diskussion war ein Schreiben des damaligen Schulrats Heidbrink, in dem er der Stadt Rheine als Schulträger mitteilt, dass alle Kinder der Südeschule am Hauptstandort unterrichtet werden können.

Alle politischen Vertreter haben in der Besprechung am 21.04.10 signalisiert, dass sie dem Vorschlag der Schulverwaltung zustimmen können. Dieser sieht vor, erst dann einen politischen Beschluss zur Aufgabe des Schulstandortes Konradschule herbeizuführen, wenn sich das Verhältnis der Konradschüler aus dem Einzugsbereich Südeschule und Konradschule von derzeit 50:50 in 70:30 ändert.

Die Schülerzahl aus dem Einzugsbereich Konradschule hat sich zwischenzeitlich positiv entwickelt. Sie beträgt im Schuljahr 2010/11 (Stand 01.03.11) 189. Davon besuchen 93 Schüler das Nebengebäude Konradschule. Hiervon wiederum wohnen 56 = 60,2 Prozent im Einzugsbereich der Konradschule (Stadtteil Gellendorf, südlich der Bahnlinie Rheine - Osnabrück).

Das Verhältnis der Konradschüler aus dem Einzugsbereich Südeschule – Konradschule beträgt derzeit 40:60. Somit kann auf der Basis der o. a. Vorgabe der Standort Konradschule beibehalten werden.“

3.4. Gemeinsamer Unterricht behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler in der Overbergschule

Herr Linke verliest folgende Information:

„In der Schulausschusssitzung am 15.03.11 wurde angefragt, wie viel neue Fünftklässler mit Förderbedarf im Schuljahr 2011/2012 im gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler in der Overberg-Hauptschule unterrichtet werden.“

Die Schulverwaltung hat die Zahlen abgefragt. - Es werden im Schuljahr 2011/2012 drei Fünftklässler mit Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht in der Klasse 5 der Overbergschule beschult.

Der Schulverwaltung liegen auch die Zahlen zum integrativen Unterricht insgesamt in der Overberg-Hauptschule vor. Sie sind im Schuljahr 2010/11 mit Stand vom 31.03.11 wie folgt:

Klasse 5	9 Schüler mit Förderbedarf
Klasse 6	10 Schüler mit Förderbedarf
Klasse 7	6 Schüler mit Förderbedarf
Klasse 8	6 Schüler mit Förderbedarf
Klasse 9	8 Schüler mit Förderbedarf
Klasse 10	6 Schüler mit Förderbedarf

Insgesamt werden im Schuljahr 2010/11 45 Schülerinnen und Schüler in der Overberg-Hauptschule integrativ beschult. Dies sind 10,5 % der 432 Schülerinnen und Schüler in der Overberg-Hauptschule insgesamt.“

3.5. Arbeitskreis Schulstruktur

Herr Linke informiert die Ausschussmitglieder, dass Herr Mollen, SPD-Fraktion, schriftlich angefragt hat, wann die nächste Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur stattfinden wird.

Herr Linke teilt mit, die nächste Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur werde unter Beteiligung von Herrn Dr. Garbe, der mit der integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung beauftragt worden sei, Mitte 2011 stattfinden.

4. Mittelbewirtschaftung durch die Schulen im Jahr 2011 Vorlage: 140 / 11

Herr Linke verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, den Schulen im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung die aus der beiliegenden Aufstellung ersichtlichen Beträge im Haushaltjahr 2011 zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Anmeldeergebnisse in den Klassen 1, 5 und 11 der allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/2012
Vorlage: 141/11

Herr Linke nimmt Bezug auf die Vorlage und teilt mit, dass am Hauptstandort der Canisusschule in 2010 42 Fünftklässler eingeschult wurden und nicht nur, wie in der Anlage zur Vorlage genannt, 22 Kinder. Die neue Übersicht ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Reeker nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD-Fraktion, Herrn Mollen, in der Sitzung des Schulausschusses am 15. März 2011 zu dem Anmeldeverhalten der an der Gesamtschule abgelehnten Schülerinnen und Schüler sowie zu dem Anteil der Erstklässler, welche nicht die nächstgelegene Schule besuchen und verliert eine Information. Diese ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Mollen nimmt Bezug auf den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Stadt Rheine gestellten Antrag vom 07.10.2010 auf Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbereiche und merkt an, dem Schulausschuss sei in der Sitzung am 01.12.2010 unter TOP 8.5. empfohlen worden, zunächst den Beschluss zum 4. Schulrechtsänderungsgesetz abzuwarten. Er merkt an, dass mittlerweile der Beschluss vorliege. Er bittet die Verwaltung, zur nächsten Schulausschusssitzung eine Vorlage zu fertigen, damit über die Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbereiche beraten werden könne.

Herr Linke teilt mit, dass die Verwaltung zur Sitzung am 29.06.2011 eine Vorlage fertigen wird.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt das Ergebnis der Anmeldungen zu den städtischen Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien und der Gesamtschule zur Kenntnis.

6. Umwandlung der Grüterschule von einer Halbtagschule in eine Ganztagschule
Vorlage: 150/11

Herr Linke verweist auf die Vorlage. Er nimmt Bezug auf die Schulausschusssitzung vom 09. Februar 2011, in der die Mitglieder unter TOP 8.2 informiert wurden, dass der Ratsbeschluss vom 14.12.2005 zur Umwandlung der Grüterschule von einer Halbtagschule in eine Ganztagschule auf Grundlagen gefasst wurden, die zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr aktuell sind. Daher hätten der Schulausschuss sowie der Rat der Stadt Rheine neu zu befinden, ob die Grüterschule unter Bedingungen der neuen Rechtslage in eine Ganztagschule umgewandelt werden solle.

Die Schulkonferenz der Grüterschule sei am 02.03.2011 beteiligt worden. Sie habe einstimmig beschlossen, am bisherigen Beschluss von März 2006 zur Umwandlung der Grüterschule in eine Ganztagsförderschule auch unter den neuen Rahmenbedingungen festzuhalten.

Herr Linke betont, es müssten keine zusätzlichen Haushaltsmittel für bauliche Erweiterungen, Umbauten und zusätzliche Einrichtungen bereitgestellt werden.

Herr Mollen teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschluss zustimme, wenn keine zusätzlichen Mittel für Investitionen bereitgestellt werden müssten. Beschlüsse zu Investitionen im Schulbereich werde die SPD nur auf Basis von Daten aus dem Schulentwicklungsplan fassen.

Frau Nagelschmidt unterbricht die Sitzung um 17.45 Uhr für Ausführungen des Schulleiters der Grüterschule, Herrn Hildmann, zur sonderpädagogischen Förderung im Ganzttag.

Herr Hildmann, Leiter der Grüterförderschule, beantwortet Anfragen der Ausschussmitglieder und erklärt, es ergäben sich bei einer Ganzttagsschule vermehrte Möglichkeiten, die sprachlichen, fachlichen und sozialen Kompetenzen von Schülern zu erweitern und ihre Chancen auf angemessene Schulleistungen und Schulabschlüsse zu erhöhen.

Frau Nagelschmidt eröffnet die Sitzung um 17.52 Uhr.

Die Schulausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Umwandlung der Grüterschule von einer Halbttagsschule in eine Ganzttagsschule aus.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Grüterschule – Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen – wird zum Schuljahr 2011/12 von einer Halbttagsschule in eine Ganzttagsschule umgewandelt.

Falls die Umwandlung zum Schuljahr 2011/12 noch nicht möglich ist, soll die Umwandlung zum Schuljahr 2012/13 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Bereitstellung von Mitteln für die Ertüchtigung der Fürstenberg-Realschule im derzeitigen Bestand

Frau Overesch, CDU-Fraktion, verliest folgende Begründung für die Erweiterung der Tagesordnung:

„Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung am 15.03.2011 die Baumaßnahmen für die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule gestoppt. Gleichzeitig hat der Schulausschuss am 15.03.2011 beschlossen, dafür zu sorgen, dass der Schulbetrieb für die Ganzttagsschule im derzeitigen Bestand ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Da Mittel dafür zurzeit nicht zur Verfügung stehen, der Haushalt 2011 am 12.04.2011 verabschiedet werden soll, muss der Schulausschuss in seiner Sitzung am 06.04.2011 einen entsprechenden Beschluss fassen, um Mittel im Haushalt 2011 verfügbar zu haben. Die Dringlichkeit für die heutige Sitzung ist damit eindeutig begründet.

Die CDU-Fraktion beantragt, 150.000 Euro zusätzlich in den Haushalt 2011 aufzunehmen zur Ertüchtigung der Fürstenberg-Realschule.

Wir fordern die Verwaltung auf, umgehend einen Maßnahmenkatalog für die notwendigen Arbeiten bzw. Anschaffungen vorzulegen, damit konkrete Entscheidungen getroffen werden können.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, die Mittel wirtschaftlich effizient einzusetzen. Daher ist die CDU-Fraktion auch bereit, die beantragten Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, der dann entweder vom Schulausschuss oder vom HFA aufgehoben werden kann.“

Herr Mollen teilt mit, es solle seitens der Verwaltung eine Kostenschätzung vorgelegt werden, auf deren Basis man über die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln im Haushalt 2011 entscheiden könne.

Herr Linke informiert die Ausschussmitglieder, dass es der Gebäudewirtschaft nicht möglich ist, kurzfristig eine Kostenschätzung vorzulegen.

Herr Linke erklärt, dass die Stadt Rheine mit Datum vom 06.04.2011 mit einem Betrag von 134.073,39 Euro unterhalb der Grenze zur Haushaltssicherung liege. Falls der Schulausschuss beschließe, den Betrag von 150.000 Euro zusätzlich bereitzustellen, überschreite man die Grenze.

Der Schulausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, im Haushalt 2011 für die Sanierung der Außenfassade der Pavillonklassen an der Fürstenberg-Realschule einen Betrag von 70.000 € und für Baumaßnahmen für einen Fluchtweg zum großen Mehrzweckraum im Keller der Fürstenbergschule einen Betrag von 10.000 €, insgesamt einen Betrag von 80.000 € zur Verfügung zu stellen.

Der Betrag soll aufgrund der noch nicht vorliegenden detaillierten Kostenermittlung der städtischen Gebäudewirtschaft mit einem Sperrvermerk versehen werden. Der Sperrvermerk kann nach Ermittlung der genauen Kosten durch den Schulausschuss oder den Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

9. Anfragen und Anregungen

Es werden weder Anfragen gestellt noch Anregungen vorgebracht.

Ende des öffentlichen Teils::

18:30 Uhr

Resi Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin